

Zum 23. Juni 2021: Tag des öffentlichen Dienstes

Beherrzter Einsatz sichert stabile Funktionalität

dbb rheinland-pfalz schaut nach vorne

Die hohe Einsatzbereitschaft des Personals in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz erweist sich in der Pandemie täglich als Stabilitätsanker gesellschaftlicher Strukturen sowie als Garantie für das Funktionieren des Gemeinwesens.

Deshalb, so Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, gebühre den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung.

„Einsatzwillen, konsequentes Streben nach schnellen und handhabbaren Lösungen bei der Krisenbewältigung, das ist ein Pfund, mit dem der öffentliche Dienst wuchern kann. Wir müssen dabei – auch in der Krise – nach vorne schauen. Wir treten zusammen mit unseren Mitgliedsorganisationen ein für eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Wir fordern ganz besonders eine den Anforderungen im öffentlichen Dienst entsprechende, leistungsgerechte Bezahlung. Auch eine den stetig ausgeweiteten Aufgabenbereichen angemessene Ausstattung muss unbedingt sein für einen zukunftsorientierten, attraktiven Erhalt des öffentlichen Dienstes“, so Lilli Lenz.

„Arbeit der Zukunft im öffentlichen Dienst“ spielt laut dbb Landeschefin Lilli Lenz bei den Arbeitsbedingungen ebenfalls

eine Rolle: „Der pandemiebedingte Lockdown hat neue Wege in Sachen Arbeitsgestaltung aufgezeigt. Wir müssen sehr genau schauen, was daraus für den öffentlichen Dienst zu lernen ist und wie man daran anknüpfen kann, was moderne Arbeitsmodelle anbelangt.“

Zwischen Fürsorgepflicht des Staates für sein Personal und Eigenverantwortung des Arbeitnehmers oder Beamten sieht der dbb rheinland-pfalz einen wesentlichen Vorteil des öffentlichen Dienstes in der Ermöglichung hochgradiger Flexibilität, was Arbeitszeit und Arbeitsort anbetrifft. „Aber Ausgewogenheit muss dabei grundsätzlich sein; auf geeignete Kombinationen kommt es an, dann klappt es mit der Dienstleistung und auch mit der Fachkräftesicherung sowie der Nachwuchsgewinnung“, so Lilli Lenz.

Im Zuge der Pandemie mit ihrem Anpassungsdruck sei aufgefallen, dass die großen Tanker „Verwaltung“ zahlreiche Beiboote zum Vorankommen ausgesetzt hätten. Deshalb werde es nach der Pandemie auch darauf ankommen, alle wieder an Bord zu holen und einen Geleitzug zu bilden, der modernisiert in die richtige Richtung dampft.

Lilli Lenz: „Den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen

Dienst sagt der dbb rheinland-pfalz aber heute erst mal ein großes Dankeschön!“

Der 23. Juni ist international der „United Nations Public Service Day“. Er wurde 2003 von den Vereinten Nationen etabliert, um den Wert und die Tugend des öffentlichen Dienstes für die Gemeinschaft zu feiern und die Menschen zu ehren, die im öffentlichen Dienst arbeiten.

Hier sind Menschen 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr für die Daseinsvorsorge und das Gemeinwohl im Einsatz, in der Stadt und auf dem Land. Ihre Tätigkeit ist unverzichtbar und wird deshalb von den Mitarbeitenden als sinnstiftend empfunden. In einer sich wandelnden Welt steht das Personal auch für einen modernen, effizienten öffentlichen Dienst, der sich anpassen kann, um somit besser den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Zunehmende Belastungen und Schwierigkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen durch den allgemeinen Personalabbau und auch durch Ausgliederung von etlichen Bereichen in private Verantwor-

tung teils erhebliche Probleme verursacht würden, dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Bereits früher hat der dbb im Zusammenhang mit der Corona-Krise davor gewarnt, dem öffentlichen Dienst weitere „Sonderopfer“ abzuverlangen. Arbeitgeber und Politik sollten stattdessen ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Dienst aussprechen. Der Einsatz des Personals, der oftmals über die Belastungsgrenze hinausgeht, muss aus Gewerkschaftssicht entsprechend finanziell belohnt werden. Für eine stetige Verbesserung der Arbeitsausstattung ist Sorge zu tragen. ■



> dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz

© dbb rlp/Rimbach

Arbeitskreis Seniorenpolitik

Konzentriert getagt

Mitglieder freuen sich über Präsenzsitzung in Mainz/Beihilfenrecht und Digitalisierung Schwerpunkte

Endlich mal wieder zusammenkommen ... Gut 20 Monate war es Ende Juni her, dass sich die Seniorenvertreterinnen und -vertreter der Mitgliedsorganisationen im Arbeitskreis beim dbb rheinland-pfalz unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Robert Tophofen von Angesicht zu Angesicht ausgetauscht haben. Unter akribischer Zutrittskontrolle mit Nachweis der Vollimpfung oder der Negativtestung konnte sich der Arbeitskreis nach dieser langen Zeit nun wieder zusammenfinden – auf Abstand gemäß Hygiene- und Infektionsschutzvorschriften. Die 23. Arbeitskreissitzung war gut besucht von engagierten und glücklich wirkenden Mitstreitern, die einen regen, auch ausgiebigen Sitzungsverlauf garantierten.

> Beihilfenvortrag

Ein Highlight der Sitzung war der gut zweistündige Auftritt von Daniel Zimmermann aus dem Beihilfenreferat des Ministeriums der Finanzen, gegliedert in Vortrag und fleißig genutzte Fragerunde. Der Beihilfenrechtsexperte referierte über Aktuelles zum Beihilfenrecht in Rheinland-Pfalz wie die Corona-Sonderbestim-

mungen und die Neuerungen durch die Fünfte Landesverordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung (Inkrafttreten 1. Juli 2021). Außerdem ging Daniel Zimmermann detailliert ein auf die Themenbereiche Fahrtkosten laut BVO, „Rehabilitationsmaßnahmen“ (Sanatoriumsbehandlung, Heilkur, Anschlussheilbehandlung), Verfahrensfragen sowie Einzelthemen der Beihilfenfähigkeit im Zusammenhang mit – zum Beispiel – Zahnimplantaten und Nahrungsergänzungsmitteln.

> Krankenhaus-Direktabrechnung

Zum Thema „Krankenhaus-Direktabrechnung“ teilte Daniel Zimmermann einen Link mit, unter dem das Formular einer „Datenkarte“ zur Identifikation des Patienten im Krankenhaus für das relativ neue, praktische Abrechnungsverfahren zum Ausdrucken und Ausfüllen angeboten wird: https://www.lff-rlp.de/fileadmin/user_upload/LFF/PDF/vordrucke/Lff18/Lff18_BEIH019.pdf. In dem Dokument sind auch noch einmal die wichtigsten Informationen zur Direktabrechnung zusammengefasst. Achtung: Die Datenkarte kann



> Robert Tophofen

nur verwendet werden, wenn das Landesamt für Finanzen die zuständige Beihilfestelle ist.

Die Arbeitskreismitglieder nutzten die Fragerunde zu zahlreichen kompetenten und auch kritischen Nachfragen, die sowohl allgemeiner Natur waren als auch manchmal bezogen auf Einzelfälle aus ihrer täglichen Beratungspraxis. Rundum also ein gewinnbringender Austausch.

> Digitalisierung und Alter

Arbeitskreischef Robert Tophofen informierte anschließend aus der dbb bundesseniorenvertretung. Schon zwei Hauptversammlungen galt es zu rekapitulieren, die seit der letzten Arbeitskreissitzung stattgefunden haben – eine in Präsenz und eine virtuell.

Besonderes Augenmerk legte Robert Tophofen auf die Themen und Ergebnisse des Achten Altersberichts der Bundesregierung mit dem Titel „Ältere Menschen und Digitalisierung“. Der Altersbericht unter der Fragestellung „Welchen Beitrag können Technisierung und Digitalisierung zu einem guten Leben im Alter leisten?“

war in der Arbeitskreissitzung Ausgangspunkt für eine lebhaft diskutierte Diskussion über die Digitalisierungslage in Rheinland-Pfalz. Die Seniorenvertreterinnen und -vertreter zeigten Defizite auf wie zu schlecht ausgebaute Breitbandversorgung, zu wenig alters- und altersgerechte Informations- und Fortbildungsmöglichkeiten in Sachen Digitalisierung und zu geringes Verständnis Jüngerer für ein Recht Älterer auf analoge Teilhabe. Emotional wurde es beim Thema Erreichbarkeit von Angehörigen in Alten- und Pflegeheimen während der COVID-19-Pandemie und hohen Inzidenzwerten mit strengen Kontaktbeschränkungen: Dringender Nachholbedarf wurde festgestellt, was digitale Surrogate zum persönlichen Direktkontakt landauf und landab anbelangt.

Gespannt schaute das Gremium auf die Bundestagswahl im September und erteilte politischen Ansätzen zu einer „Bürgerversicherung“ ebenso eine deutliche Absage wie auch kritischen Positionen, die Angriffe auf das Berufsbeamtentum, Verschlechterungen in Versorgung und Rente sowie in der Beihilfe enthalten. ■



> Arbeitskreis auf Abstand.

dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz

Virtuelle Frühjahrssitzung

Blick auf Einkommensrunde im Herbst



> Arbeitnehmervertretung online.

Anstatt wie im September 2020 noch in Präsenzform, musste sich die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz am 31. Mai 2021 pandemiebedingt zum Leidwesen der Teilnehmenden virtuell austauschen per Videokonferenz. Das Gremium trug das mit Fassung und nutzte die Gelegenheit zum gegenseitigen Update, was die „Corona-Praxis“ in den jeweiligen Herkunftsverwaltungen anbelangt. Ein Rückblick auf die Tarif- und Redaktionsverhandlungen zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen (TVöD) gehörte ebenso zur Tagesordnung, wie die eingehende Diskussion der gegenwärtigen Lage des öffentlichen Dienstes der Länder als Ausgangspunkt für die diesjährige Einkommensrunde zum TV-L.

Festgestellt wurde erneut sich verschärfender Fachkräfte-

mangel in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes. Eine Pandemie könne eventuell gesteigertes Interesse an Beschäftigung in Bereichen relativ hoher Arbeitsplatzsicherheit auslösen, aber Corona führe nicht zu einem flächendeckenden Run auf den öffentlichen Dienst, da waren sich die Arbeitnehmervertreter einig. Die Beschäftigungsbedingungen, insbesondere die Vergütung, müssten deutlich besser werden.

Der hoffentlich zügig im Spätherbst zu erreichende TV-L-Abschluss müsse das unbedingt hergeben, weshalb zum Beispiel ein Zurückbleiben hinter dem TVöD-Abschluss 2020 bei den Tarifbeschäftigten bestimmt nicht auf Akzeptanz stoße.

Verschiedene weitere Forderungsaspekte wurden bespro-

chen wie etwa der stufengleiche Aufstieg, der wichtige Maßstab Inflationsausgleich und der Umstand, dass fortwirkende Linearanpassungen kurz wirkenden Einmalzahlungen aus Beschäftigtensicht vorzuziehen sind. Insgesamt müsse der öffentliche Arbeitgeber mehr tun, um Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im Sinne einer Garantie für gleichbleibend hochqualitative öffentliche Dienstleistung in die Spur zu bekommen.

Die Arbeitgeberseite sende, so der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Peter Mertens, allerdings keine positiven Signale in diese Richtung. Vielmehr äußere man arbeitgeberseitig unbedingten Reformwillen bezüglich des Tarifrechtsbegriffs Arbeitsvorgang (§ 12 TV-L). Die Arbeitgeber wollen hier restriktiv sein und verfechten strikte Kleinschrittigkeit mit dem erkennbaren Ziel, durch entsprechende Bewertungen eher geringere Eingruppierungen erreichen zu können. In einer kritischen Bewertung kamen die dbb Arbeitnehmervertreter zu dem Ergebnis, dass die TV-L-Runden folglich – fiskalischen Sparwillen infolge von COVID-19-Aufwendungen noch zusätzlich eingepreist – unter einem schlechten Stern stünden und

sehr schwer werden könnten. Ausstrahlungswirkungen auf andere Tarifwerke und die Besoldung seien zu befürchten. Folglich gehe das Thema alle Statusgruppen im öffentlichen Dienst etwas an, nicht nur wegen der in Rheinland-Pfalz seitens der „Ampel 2.0“-Koalition zugesagten Übernahme des TV-L-Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung der Beamten im Landes- sowie Kommunaldienst.

Der dbb und seine Mitglieds-gewerkschaften, da waren sich die Sitzungsteilnehmenden sicher, werde mit einer verantwortungsbewussten und angemessenen Forderung in die Tarifverhandlungen gehen, um eine faire Lösung mit der Arbeitgeberseite zu erzielen. Die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz gab ihrem Vorsitzenden Peter Mertens Eckpunkte für die Sitzungen der dbb Bundestarifkommission zur Forderungsfindung mit auf den Weg und unterstrich, dass die zeitgleiche systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Landes- und Kommunalbeamten mit zum Forderungskatalog gehöre.

Spezielle Berichte zur (tarifrechtlichen) Situation bei der Bundeswehrverwaltung und der neuen Autobahn GmbH des Bundes rundeten die Videokonferenz ab.

Als Termin für die nächste Sitzung wurde Montag, 25. Oktober 2021, vereinbart, nach Möglichkeit und bestenfalls in Präsenzform. ■